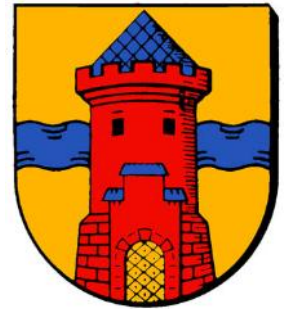


Delmenhorst - FREIE WÄHLER erstmals dabei

Im Delmenhorster Wahlkampf erstmals dabei sind auch die Freien Wähler. Laut Sprecher Werner Lindemann will sich die Wählergruppe unter anderem dafür stark machen, dass Ratssitzungen in Zukunft per Online-Übertragung vom heimischen Computer aus zu verfolgen sind. Userfreundlich soll es auch im Wahlkampf zugehen: "Wir werden uns auf Twitter und Facebook präsentieren - in dem Bereich bekommen wir viel Feedback, gerade von Jungwählern."



Hier 3 Fragen, die uns oft gestellt wurden:

1. Warum soll ich denn ausgerechnet die FREIEN WÄHLER wählen?

Wir streben den Einzug in den Delmenhorster Stadtrat an. Die FREIEN WÄHLER Delmenhorst kennen keinen Fraktionszwang. Wir vertreten ausschließlich die Interessen der Delmenhorster Bürger und nicht die Machtinteressen von Parteien. Wir sind stark auf kommunaler Ebene, denn wir unterliegen keinerlei Weisungen aus dem Landes- oder Bundesverband.

2. Politiker versprechen viel. Was werden die FREIEN WÄHLER Delmenhorst davon halten?

Bisher war es doch bei jeder Wahl so: Die Politiker der Parteien, die große Versprechungen machen, werden dann auch gewählt. Wer versucht, ehrlich zu sein, wird nicht gewählt. Ehrliche Politik zu machen ist das Ziel der FREIEN WÄHLER Delmenhorst. Nun liegt es in der Hand der Wähler, nicht die zu unterstützen, die viel versprechen und bei denen man schon vorher weiß, das es unhaltbar ist oder sich für eine ehrliche Politik zu entscheiden.

3. Im Rathaus herrschen chaotische Zustände. Was machen die FREIEN WÄHLER Delmenhorst besser?

Die FREIEN WÄHLER Delmenhorst setzen sich dafür ein, die ideologische Spaltung des Stadtrates, die uns in den letzten Jahren viel Unfrieden und Chaos beschert hat, mit dieser Kommunalwahl zu beenden. Wir werden die sachliche Zusammenarbeit mit allen konstruktiven Kräften pflegen. Dazu werden wir ein konkretes Arbeitsprogramm vorlegen und für dessen Verwirklichung Partner im Stadtrat und in der Stadtverwaltung suchen.

Klar machen für den Endspurt!

ZIEL

Seit dem 25. Juli ist die Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen für die Kommunalwahl abgelaufen. Glückwunsch an dieser Stelle an alle Wählergemeinschaften, die diese formale Hürde geschafft haben – für diejenigen, die das erste Mal dabei sind (wie die Freunde aus Delmenhorst) sicherlich eine besondere Herausforderung. Jetzt ist der Kopf frei für die langsam heraufziehende heiße Phase des Wahlkampfes. Spätestens mit Ende der Sommerferien wird ein kurzer, aber vermutlich heftiger Schlagabtausch beginnen. Jede Wählergemeinschaft wird gut daran tun, ihr eigenes „Drehbuch“ für diese Phase zu haben, damit man nicht nur auf die Äußerungen und Attacken der Parteien reagieren muss - sondern selber Initiativen für die Bürgerinnen und Bürger entwickeln kann.

Wir müssen den Menschen im persönlichen Gespräch vermitteln, warum es sich lohnt, zur Kommunalwahl zu gehen: Mit der Wählergemeinschaft vor Ort gibt es eine wahlpolitische Alternative abseits des Parteiengänzels: Machen wir auch den bisherigen Nichtwählern klar: „Mit uns lohnt es sich wieder zur Wahl zu gehen“.

Arno Ulrichs, Landesvorsitzender der FREIEN WÄHLER Niedersachsen

Kreiensen:

Eine Gemeinde gibt sich auf

Einbeck und Kreiensen arbeiten an der Fusion

In strukturschwachen Gebieten des Landes herrscht bei einer Vielzahl von Gemeinden, insbesondere aufgrund hoher Kassenkreditbestände eine weiterhin äußerst angespannte, zum Teil auch dramatische Finanzlage. Vor diesem Hintergrund sind gemeinsame Anstrengungen des Landes und seiner Kommunen notwendig, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Betroffenen zu verbessern und künftig wieder herzustellen. Zur nachhaltigen Verbesserung der Haushalte werden Kommunen, die freiwillig fusionieren, dauerhaft von ihrer finanziellen Belastung durch Zins und Tilgung der aufgelaufenen Liquiditätskredite in Höhe von bis zu 75 Prozent freigestellt (Entschuldungshilfe). Dies wird sichergestellt durch eine individuelle vertragliche Vereinbarung zwischen dem Land und der betreffenden Kommune. **Diesen Weg wollen Einbeck und Kreiensen gehen.**

Eine gemeinsame Perspektive für beide Gemeinden entwickeln wollen der Einbecker Bürgermeister Ulrich Minkner und der Kreienser Bürgermeister Ronny Rode. Eine Fusion der beiden Städte schein »gut machbar« zu sein. Kreiensen hat rund 6.900 Einwohner, Einbeck 26.700. Das Volumen der Kassenkredite beträgt in Einbeck rund 25 Millionen Euro, in Kreiensen rund 7,9 Millionen Euro.

Bei einer freiwilligen Fusion wird die Entschuldungshilfe rund 75 Prozent der Kassenkredite umfassen. Hinzu kommt die sogenannte Einwohnerveredelung, die stufenweise die Finanzzuweisungen für die Kommunen regelt. Allein das mache bei einer Fusion rund 609.000 Euro mehr aus. Nicht zu vergessen sind auch die Zinsen – jährlich rund 600.000 Euro im Jahr – für die Kassenkredite.

Der finanzielle Anreiz zur Fusion sei es aber nicht allein, stellen die Bürgermeister fest. Auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung gelte es, eine Perspektive für die Gemeinden zu entwickeln. Angesichts einer möglichen Fusion von Landkreisen gehe es auch darum, tragfähige Strukturen unterhalb dieser neuen Ebene zu entwickeln.

Allerdings gibt es Zeitdruck: Ein Fusionsvertrag muss bis zum 31. Oktober unterzeichnet sein. Deshalb wurde nun eine Lenkungsgruppe eingesetzt, die mit Vertretern der Stadtverwaltungen und der Politik, dem Landkreis, der Regierungsvertretung und dem Innenministerium besetzt ist. Inhaltlich soll der Zusammenschluss durch vier Arbeitsgruppen vorbereitet werden:

Arbeitsgruppe I hat Organisation, Finanzen und Personal im Blick, Arbeitsgruppe II Schulen, Jugend, Sport und Soziales, Arbeitsgruppe III Bürgerdienste, Wirtschaftsförderung, Tourismus und Kultur, Arbeitsgruppe IV Bauen, Umwelt, Ver- und Entsorgung.

Bis zum 4. August werden die Arbeitsgruppen in die Details gehen. Dann werde sich zeigen, ob eine Fusion machbar sei. Dabei sei man, hob Ronny Rode hervor, auf Konsens ausgerichtet. Die Bürger sollen in dem Prozess mitgenommen werden – denn für sie müssen die Auswirkungen einer Fusion deutlich werden: Werden die Ortsräte gestärkt? Welche Hebesätze gelten?

Sollte die Fusion Einbeck-Kreiensen möglich sein, wird der Vertrag bis zum 31. Oktober unterschrieben sein müssen. Eine Umsetzung zum Jahr 2013 wäre denkbar. Mittel- bis langfristig sei es möglich, dass die neue Kommune dann eine »schwarze Zahl« schreibe, sind sich Minkner und Rode einig. Kommt keine freiwillige Fusion zustande, könne man davon ausgehen, dass eine spätere Landesregierung Fusionen zwangsweise verfüge, allerdings möglicherweise ohne finanzielle Anreize.

Politik geht auch ehrlich!



Dritter im Bunde könnte die Stadt Bad Gandersheim sein. Bürgermeister Ehmen nimmt derzeit eine Beobachterrolle bei den Fusionsverhandlungen ein. Das wäre dann allerdings ein zweiter Schritt, die Kombination der drei Städte würde eine Umsetzung der Fusion weiter nach hinten

verschieben. Die beiden Bürgermeister Rode und Minker aber sind sich vorerst im Bereich Einbeck-Kreiensen sicher: »Das passt«.

Bederkesa und Langen fusionieren

Mit einem Zukunftsvertrag haben die Stadt Langen und die Samtgemeinde Bederkesa im Landkreis Cuxhaven die Grundlage für eine Fusion der beiden Kommunen gelegt. Der Vertrag wurde Anfang Juli von Innenminister Uwe Schünemann sowie dem Cuxhavener Landrat Kai-Uwe Bielefeld in Bad Bederkesa unterzeichnet. Danach werden den beiden Kommunen Zins- und Tilgungshilfen des Landes von insgesamt 14,6 Millionen Euro gewährt; damit können die Kommunalhaushalte von Langen und Bederkesa um 75 Prozent der bis Ende 2009 aufgelaufenen Liquiditätskredite entlastet werden.

Schünemann übergab den beiden Kommunen gleichzeitig die Bedarfszuweisungsbescheide über insgesamt mehr als zwei Millionen Euro. Mit der Stadt Langen war bereits im September 2010 ein Vertrag zur Entschuldungshilfe über 10,5 Millionen Euro abgeschlossen worden. Der Innenminister sprach von einer „kräftigen Mitgift der Kommunen und des Landes“ für diese Fusion, die er als „beispielhaft und vorbildlich für Niedersachsen“ bezeichnete. Er sei überzeugt, dass die beiden Kommunen „etwas daraus machen werden“ und zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung kommen.

Personalmangel bei Feuerwehren



Der Niedersächsische Städtetag hat vor den Folgen einer sinkenden Zahl von Feuerwehrmännern gewarnt. Es gebe zu wenig Nachwuchs und deutlichen Bevölkerungsschwund, sagte der Präsident des Städtetages, Frank Klingebiel (CDU) in Hannover. Das mache speziell den Feuerwehren in ländlichen Regionen zu schaffen. "Dadurch bekommen wir mittel- und langfristig ein Problem mit Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft gerade unserer freiwilligen Feuerwehren", mahnte Klingebiel. "Hier müssen wir rechtzeitig gegensteuern", forderte er. Angehörige einer Berufs- oder Werksfeuerwehr sollten daher nach dem Willen der Kommunen anders als bisher gleichzeitig auch Funktionen in freiwilligen Feuerwehren übernehmen können. Außerdem solle die Altersgrenze von 62 Jahren für aktive Mitglieder freiwilliger Feuerwehren aufgehoben werden und auch Frauen in Zukunft in eine Pflichtfeuerwehr einberufen werden können. Dies wäre der Fall, wenn es nicht genug Bewerber für eine freiwillige Feuerwehr gebe.

(T-Online, 15.06.2011)

Aktuelle Studie: Sechs von zehn Behörden in Deutschland fehlt Geld

Die Finanznot der öffentlichen Verwaltung in Deutschland nimmt trotz konjunktureller Erholung und steigenden Steuereinnahmen weiterhin zu. 61 Prozent der Entscheider in deutschen Behörden klassifizieren die Finanzentwicklung bis 2013 als derzeit größte Herausforderung. Besonders betroffen sind Landesbehörden. 85 Prozent der dortigen Verantwortlichen sehen die finanziellen Aussichten mit Sorge - doppelt so viele wie noch vor drei Jahren. In den Städten und Kommunen zeichnet sich in sechs von zehn Fällen ein ähnliches Bild ab. Allein 2010 stieg der von den Kämmerern verbuchte Fehlbetrag auf 7,7 Milliarden Euro an. Das ist ein Zuwachs von 500 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle Entscheider-Studie "Branchenkompass 2011 Public Services" von Steria Mummert Consulting in Zusammenarbeit mit dem F.A.Z.-Institut.

"Der positive Trend am Arbeitsmarkt und die damit verbundenen Steuer-Mehreinnahmen gehen an den Städten und Kommunen vorbei", sagt Peter Krolle, Verwaltungsexperte bei Steria Mummert Consulting. "Vom Lohnsteuerplus von 16 Prozent profitiert zunächst der Bund. Die Gewerbesteuer, die sich auf Kommunalebene niederschlägt, zieht bei gleichbleibender konjunktureller Entwicklung erst in ein oder zwei Jahren nach. Zudem ist das Lohnsteuerplus auf Tarifierpassungen und den massiven Abbau von Kurzarbeit zurückzuführen, so dass es im Augenblick auch bei den Sozialausgaben nur zu geringen Entlastungen kommt." Vor diesem Hintergrund führen die Verwaltungen zunehmend Instrumente zur Optimierung der Finanzplanung ein, wie beispielsweise die kaufmännische Buchführung. Vier von zehn Behördenentscheidern geben spontan an, im eigenen Verwaltungsbereich durch entsprechende Maßnahmen die laufenden Ausgaben in den Griff bekommen zu wollen. Zur langfristigen Effizienzsteigerung im Behördenalltag planen 21 Prozent der Dienststellen, im eigenen Haus die E-Government-Angebote auszubauen. Darüber hinaus wollen 19 Prozent der Verwaltungen Programme entwickeln, um aktiv die Wirtschaft in ihrer Region zu fördern. Angesichts der angespannten finanziellen Situation planen die kommunalen Verwaltungen zudem, weitere Einschnitte bei öffentlichen Leistungen vorzunehmen und höhere Gebühren durchzusetzen. Zu den Betroffenen dürften vor allem die norddeutschen Bundesländer und Nordrhein-Westfalen gehören. "Drei von vier Kämmerern in Norddeutschland schätzen die Lage als ernst ein", so Verwaltungsexperte Krolle. "In Nordrhein-Westfalen stehen 70 Prozent der Städte und Kommunen vor leeren Kassen. In Ostdeutschland sind es 57 Prozent. Im Vergleich steht Süddeutschland am besten da. Weniger als die Hälfte der dortigen Regionalverwaltungen plagen finanziellen Sorgen."



(News-Aktuell, 30.06.2011)

Bürgerwille statt Parteibrille!



Vor sieben Jahren entstand die Idee

zu Abgeordnetenwatch um eine offene Dialogmöglichkeit zwischen Wählern und Gewählten im Internet zu schaffen. Zunächst waren es die Hamburgerinnen und Hamburger, die ihre Abgeordneten in der

Bürgerschaft auf abgeordnetenwatch.de öffentlich befragen konnten. Genau zwei Jahre später, ging abgeordnetenwatch.de für den Bundestag an den Start, im September 2008 folgte das Europaparlament.

Von den Bundestagsabgeordneten und den deutschen EU-Parlamentariern haben sich bis zu den Wahlen 2009 gut 90 Prozent einem offenen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern gestellt. Seit einigen Wochen ist in einigen ausgewählten Städten und Kreisen über die Plattform auch die Befragung der Politiker auf kommunaler Ebene möglich. Initiativen wie abgeordnetenwatch.de "machen Politiker empfänglicher für gesellschaftliche Probleme und Bedürfnisse und sorgen damit auch für einen Legitimitätsgewinn der Entscheidungen selbst", so die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts a. D. und Schirmherrin des Projekts, Prof. Dr. Jutta Limbach. "Bei allem Respekt gegenüber der parlamentarischen Entscheidungshoheit gilt schließlich: alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." Mit monatlich fast 400.000 Besucherinnen und Besuchern sowie gut 4 Mio. Seitenabrufen ist abgeordnetenwatch.de das größte politische Dialogportal Deutschlands, das auch bei der Initiative Transparente Zivilgesellschaft teilnimmt.

Öffentlichkeit unerwünscht: Wie sich Kommunalpolitiker gegen Bürgerfragen auf abgeordnetenwatch.de wehren

Manchmal fragt man sich, wo abgeordnetenwatch.de eigentlich am Dringendsten nötig ist. Im Bundestag? Den Landtagen? Dem EU-Parlament? Die Antwort dürfte lauten: In den Gemeinderäten und Kreistagen. Nicht selten haben sich Kommunalpolitiker in ihren Stadt- und Gemeinderäten schon seit Jahrzehnten eingerichtet, Söhne erben das Mandat ihres Vaters, und der örtliche Bauunternehmer entscheidet als Ratsmitglied ganz selbstverständlich darüber mit, wer den Bauauftrag für die neue Turnhalle oder den Rathausanbau erhält. Es gibt viele Fragen, die man als Bürger gerne stellen möchte. Aus diesem Grund hat das Politikportal abgeordnetenwatch.de seine Plattform jetzt erstmals auch auf kommunaler Ebene gestartet. Ausgewählt wurden zunächst einmal die Stadträte Dresden, Leipzig und Leverkusen, sowie die Gemeinderäte Pforzheim, Stuttgart und Villingen-Schwenningen. Denn bei den Entscheidungen, die von den Kommunalpolitikern vor Ort getroffen werden, geht es um Themen, die jeden direkt betreffen: die Schließung von Kultureinrichtungen und Schwimmbädern, die öffentliche Strom- und Wasserversorgung, den ÖPNV und vieles mehr. Zahlreiche Kommunalpolitiker, hätten sich in den vergangenen Tagen bereits bei den Betreibern des Portals gemeldet und freuen sich auf den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern ihrer Stadt über das Internet – sie betrachten es als Chance, heißt es in einer Mitteilung von abgeordnetenwatch.de. Zwei Ratsmitglieder sind spontan Fördermitglied geworden. Andere scheinen weniger glücklich und verweisen auf mögliche Datenschutzverletzungen. **Dass Bürger Politikern öffentlich Fragen stellen, ist offensichtlich noch nicht selbstverständlich.** ([abgeordnetenwatch](http://abgeordnetenwatch.de), 16.06.2011)

Nordfriesisches Steuerparadies vor der Pleite

Das bekannteste Steuerparadies Deutschlands, die Gemeinde Norderfriedrichskoog auf Eiderstedt, kapituliert. Die Friesen heben die Gewerbesteuer auf das Niveau einiger Städte im Hamburger Umland an, weil das Dorf ansonsten aufgrund von Landesregelungen vor der Pleite steht. "Mit der Steueroase Norderfriedrichskoog ist es vorerst vorbei", bilanziert Bürgermeister Jann-Henning Dircks. Mit dem Steuerbeschluss endet ein beispielloser Goldrausch. Vor mehr als 20 Jahren eröffneten erste Unternehmen Büros in dem Dorf hinter dem Deich, weil dort keine kommunalen Steuern erhoben wurden. Für den Aufstieg des Koogs zur Top-Adresse für Steuersparer sorgte dann 1995 ausgerechnet der Bundesrechnungshof. Er machte den Ort nun richtig bekannt, indem er die riesigen Steuerausfälle beklagte, die der Ort verursache. Und bescherte damit der Gemeinde, die aus einigen Häusern an zwei Straßen besteht, einen Boom. Mehr als 500 Unternehmen, darunter die Lufthansa oder die Deutsche Bank, wickelten zeitweise Geschäfte über den Koog ab, sollen in guten Jahren mehrere Hundert Millionen Euro legal am Fiskus vorbeigeschleust haben. Vor sieben Jahren versuchte der Bund vergeblich die Massenflucht in die Steueroase zu stoppen. Der seit 2004 bundesweit vorgeschriebene Mindesthebesatz für die Gewerbesteuer (200 Prozent) schreckte nur einige Firmen ab. Viele andere zahlten lieber in Norderfriedrichskoog den Mindestsatz. In Hamburg ist die Gewerbesteuer bis heute mehr als doppelt so hoch. "Mit dem Bundesgesetz allein könnten wir leben", sagt Bürgermeister Dircks. Hinzu kämen aber die Landesgesetze. Nach ihnen muss Norderfriedrichskoog seine Millioneneinnahmen an das Amt Eiderstedt, an den Kreis Nordfriesland und in einen Landestopf für alle Kommunen abführen. Der Obolus für diesen Topf wird allerdings nicht auf Grund-

lage des realen Hebesatzes von 200 Prozent berechnet, sondern auf Basis eines Durchschnittswerts von 310 Prozent Gewerbesteuer. "Norderfriedrichskoog muss so unter dem Strich mehr an andere zahlen, als es überhaupt einnimmt", sagt der Bürgermeister. Zahlen nennt er nicht. In Kiel wird vermutet, dass das Friesendorf im laufenden Jahr mehr als 30 Millionen Euro Gewerbesteuer kassiert und damit mehr als so manche größere Stadt. Weiterleiten muss Norderfriedrichskoog aber um die 50 Millionen Euro. "Die Rücklagen sind aufgebraucht, und wenn sich nichts ändert, sind wir 2012 pleite", sagt Dircks.

Nordfrieslands Landrat Dieter Harrsen ist zu demselben Ergebnis gekommen. Er empfahl Norderfriedrichskoog einen Hebesatz von 310 Prozent und setzte diese Steuererhöhung gegen die widerspenstigen Dörfler beim Oberverwaltungsgericht Schleswig durch. Zahlen sollen die noch etwa 350 Firmen in Norderfriedrichskoog rückwirkend ab Jahresbeginn. "Schwarzmalen glauben, dass die Firmen so schnell verschwinden, wie sie gekommen sind", erzählt Dircks. "Laptop zu und weg." Er selbst hofft inständig, dass einige Unternehmen bleiben. "Wir haben hier ja sonst nichts." Ganz aufgegeben haben die Steuerrebelln nicht. Dircks kämpft für eine "Härtefallklausel" in den Landesregelungen. Klappt das nicht, werde Norderfriedrichskoog zu einem normalen Dorf. Einen Schritt dahin gehen die Friesen. Sie müssen wegen der leeren Kasse Grundsteuern einführen.

(Hamburger Abendblatt, 30.06.2011)

Norderfriedrichskoog

BFD Der Bundesfreiwilligendienst **Zeit, das Richtige zu tun.**

Der neue Bundesfreiwilligendienst – Chance für Kommunen und das Gemeinwesen

Der zum 1. Juli 2011 startende Bundesfreiwilligendienst soll dem freiwilligen Engagement von Frauen und Männern aller Altersgruppen neue Impulse zu geben. Mit dem neuen Dienst sollen der Wegfall des Zivildienstes zumindest teilweise kompensiert, aber auch neue Bevölkerungsgruppen für das zivilgesellschaftliche Engagement gewonnen werden.

"Wir haben bei den Städten und Gemeinden großes Interesse am Bundesfreiwilligendienst festgestellt", stellte das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), Dr. Gerd Landsberg, fest. Er geht davon aus, dass in den kommenden Monaten viele Verträge mit kommunalen Einsatzstellen abgeschlossen werden. In den unterschiedlichsten städtischen und gemeindlichen Aufgabenfeldern sind spannende Einsatzfelder möglich, vom Kinder-

garten über die Schulen, kulturelle Einrichtungen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, aber auch bei der Kultur- und Denkmalpflege, der Integration sowie den Freiwilligen Feuerwehren.

"Der Bundesfreiwilligendienst, angelegt als Freiwilligendienst aller Generationen, eröffnet zahlreiche Handlungsfelder für gesellschaftliches Engagement und ist somit ein wichtiger Baustein für eine bessere Bürgergesellschaft", betonte Landsberg. Der Bundesfreiwilligendienst bietet gerade für junge Menschen auch eine große Chance für eine Berufsorientierung. Wer etwa im Rahmen dieser Tätigkeit ein behindertes Kind betreut oder in einer schulischen Einrichtung seinen Dienst versehen hat, wird eher bereit sein, später eine pflegerische oder auch pädagogische Ausbildung zu absolvieren.

Das ist umso wichtiger, als der Fachkräftebedarf in diesem Bereich in den nächsten Jahren weiter dramatisch ansteigen wird und Jugendliche zu diesem Tätigkeitsbereich nicht ohne weiteres einen Zugang finden werden. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund und das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben wollen mit einer Rahmenvereinbarung, die am 22.6. unterzeichnet wurde, dazu beitragen, dass städtische und gemeindliche Einsatzstellen und interessierte Freiwillige besser zusammenfinden können.

(Haufe, 27.06.2011)

**Wir wünschen allen Wahlkämpferinnen und
Wahlkämpfern der FREIEN WÄHLER Nieder-
sachsen eine erfolgreiche, interessante und
spannende Wahlkampfzeit!**

Zukunftsvertrag: Bereits 250 Millionen Euro für Entschuldung gebunden

Das niedersächsische Landeskabinett hat die Verlängerung der Entschuldungshilfe für Kommunen um eineinhalb Jahre auf den 31. März 2013 beschlossen. Innenminister Uwe Schönemann hat die Verlängerung der Zugriffsfrist der Kommunen dafür genutzt, einen Sachstandsbericht über die bisherige Umsetzung des Zukunftsvertrages des Landes mit den Kommunen vorzulegen. Darin ist von einer hohen Dynamik die Rede, mit der sich der im Dezember 2009 unterzeichnete Zukunftsvertrag bei der Entschuldung von Kommunen entwickelt. Die paritätisch mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände besetzte Entschuldungskommission hat bereits achtmal getagt und dem Innenminister jeweils einstimmige Beschlussvorschläge zur Entschuldung einzelner Kommunen vorgelegt.

Bislang sind durch Verträge oder Beschlüsse der Kommission rund 250 Millionen Euro gebunden worden. Noch in diesem Jahr wird mit weiteren Beschlüssen der Kommission im Volumen von ca. 110 Millionen Euro gerechnet. Von der Verlängerung der Zugriffsfrist erwartet Schönemann nach der Kommunalwahl eine neue Welle von Vertragsverhandlungen.

Er berichtet von vielen Fällen, in denen bereits erste Sondierungsgespräche geführt würden und eine Wiederaufnahme der Verhandlungen nach dem 1. November dieses Jahres geplant sei. Durch die Anpassung des Zukunftsvertrages wird sich nichts daran ändern, dass das Land ab 2012 jährlich 35 Millionen Euro für den Entschuldungsfonds bereitstellt. Wie es heißt, könnte sich die Laufzeit des Fonds dadurch auf bis zu 18 Jahre verlängern. Das liege aber noch in der ursprünglich angedachten Laufzeit von bis zu 20 Jahren.

Handwerkskammern wollen mehr Rückhalt

Die Handwerkskammern haben die Kommunen aufgefordert, kleine Betriebe nicht zu vernachlässigen. „Manchmal ist es nicht in den Köpfen von Kommunalpolitikern, wie sehr einige Rahmenbedingungen Handwerksbetriebe beeinträchtigen“, sagte der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Hannover, Jans-Paul Ernsting. Parkverbote vor einer Schneiderei oder das Bauverbot einer Backstube neben dem Bäckereigeschäft beispielsweise könnten für einige Betriebe zu einem großen Problem werden. „Wir sind schließlich auf Mobilität angewiesen“, sagte Ernsting. Zudem forderte er, öffentliche Aufträge vermehrt an heimische Unternehmen zu vergeben. Die Instandhaltung von Kindergärten und Schulen zum Beispiel könne die private Wirtschaft in den Kommunen stärken.

(Bild-Zeitung, 28.06.2011)

Bürgerfragestunde im Internet

Die Bürger von Dresden, Leipzig, Leverkusen, Stuttgart, Villingen-Schwenningen, Pforzheim, Geislingen und des Schleswig-Holsteinischen Kreises Segeberg können ab sofort im Internet öffentlich Fragen an ihre Stadträte bzw. Kreistagsabgeordnete stellen.

Kürzlich startete das Internetportal www.abgeordnetenwatch.de ein entsprechendes Pilotprojekt. Deutschlandweit sind zunächst Abgeordnete von o. g. Kommunen auf der Internetseite vertreten.

Durch abgeordnetenwatch.de soll Politik für den Bürger transparenter werden. Auf der Internetseite abgeordnetenwatch.de finden Bürger sogenannte Profilseiten ihrer Abgeordneten. Über ein Formular können Fragen direkt an die Stadträte gestellt werden. Eine Registrierung ist dazu nicht erforderlich, es genügen der vollständige Name und eine gültige E-Mail-Adresse.

Damit die Politiker keine Schmähungen oder Fragen zu ihrem Privatleben erhalten, werden alle Einträge vor der Veröffentlichung gegengelesen. Nach der Veröffentlichung entscheiden die Stadträte selbst, ob sie für jedermann einsehbar antworten wollen. Auf den Seiten der Stadträte von Leipzig sind bereits erste Fragen eingegangen, auch Antworten sind nachzulesen.

Das Online-Portal abgeordnetenwatch.de gibt es seit 2004. Es wird von einem gemeinnützigen Verein betrieben und finanziert sich nach eigenen Angaben vor allem durch Spenden. Ihre Fragen können Bürger nicht nur an Kommunalpolitiker sondern auch an Abgeordnete des Europaparlaments, des Bundestages und von sechs Landtagen stellen. Darüber hinaus veröffentlicht abgeordnetenwatch.de das Abstimmungsverhalten der Politiker und ihre Nebentätigkeiten. Bei den betroffenen Politikern stößt das Portal auf ein geteiltes Echo – viele begrüßen den zeitgemäßen Draht zu den Bürgern – andere lehnen diese Art der Kommunikation mit den Wählern strikt ab



Baugewerbe: Städtebauförderung nicht halbieren!

Am Rande der Bauministerkonferenz am 28. Juni in Berlin appellierte der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, Felix Pakleppa, im Bundeshaushalt 2012 die Städtebauförderung nicht wie geplant von derzeit 455 Mio. EUR auf 266 Mio. EUR zu kürzen und damit quasi zu halbieren. "Wir fordern stattdessen im Bundeshaushalt 2012 eine Erhöhung der Städtebaumittel auf mindestens 550 Mio. EUR, also die Höhe der Verpflichtungsermächtigungsrahmens des Bundes 2010, vorzusehen." So der ZDB-Hauptgeschäftsführer. "Nach einem Bericht des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung wären jährlich 600 bis 700 Mio. EUR Bundesmittel für die Städtebauförderung erforderlich, um den ermittelten Investitionsbedarf zu realisieren." Nach dem aktuellen "Kommunalpanel 2010" der KfW haben die Kommunen in 2010 ca. 35,5 Mrd. EUR in die Infrastruktur investiert. In 2011 - nach dem Auslaufen des Konjunkturpakets II - werden es noch 31 Mrd. EUR sein. Aus Sicht der Kommunen ergibt sich im Jahr 2010 ein Investitionsrückstand von 75 Mrd. EUR. "Wir dürfen nicht zulassen, dass der Investitionsstau bei den Kommunen weiter anwächst und wir unsere Infrastruktur weiter auf Verschleiß fahren. Daher ist es unverzichtbar, die Städtebauförderung auf ein Niveau von zumindest 550 Mio. EUR zu bringen." So der Appell Pakleppas. Unbestritten ist, dass die Städtebauförderung ein Vielfaches dessen leistet, was sie kostet. Denn jeder in der Städtebauförderung aus Bundesmitteln eingesetzte Euro mobilisiert ca. 8 EUR weiterer privater Investitionen, so dass sich das Programm selbst trägt und sich faktisch durch rückfließende Umsatzsteuer mehr als refinanziert. Hinzu kommt, dass dadurch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen im örtlichen Mittelstand gesichert werden.

(Ad Hoc-News, 28.06.2011)



Niedersachsen: Elektronische Chips für 400.000 Hunde

Rund zwei Wochen vor Inkrafttreten des neuen Hundegesetzes herrschte in Niedersachsens Kommunen immer noch Ratlosigkeit. "Wir haben noch keine Ahnung, wie wir mit den neuen Regelungen umgehen sollen", klagte Udo Möller von der Stadt Hannover Mitte Juni. Vor allem sei unklar, wer die Kosten für die Umsetzung des Gesetzes trägt. Denn der Mehraufwand könnte erheblich sein. Vor allem zusätzliches Personal und elektronische Lesegeräte zur Kontrolle implantierter Chips könnten teuer werden. Ähnlich sieht man es im Niedersächsischen Städte- und Gemeindetag. "Im Moment gibt es eine große Verunsicherung in der Praxis", erklärt dessen Sprecher, Thorsten Bullerdiel. "Es sind eine ganze Menge Aufgaben und wir können natürlich kein neues Personal einstellen für ein neues Gesetz." Nach jahrelangen Debatten hatte der Niedersächsische Landtag das neue Hundegesetz Ende Mai beschlossen.

Es trat am 1. Juli in Kraft und soll Menschen besser vor Hundeangriffen schützen. Im Kern des Gesetzes steht eine Chippflicht und der Abschluss einer Hundehaftpflichtversicherung. Rund 25.000 Hundebesitzer müssen ab Juli ihren Hund chippen lassen, sodass er sich identifizieren lässt. Innerhalb von zwei Jahren soll so ein landesweites Hunde-Zentralregister angelegt werden.

Der Zwang zur Haftpflichtversicherung soll dafür sorgen, dass Opfer von Beißattacken künftig nicht auf ihren Kosten sitzen bleiben. Bislang steht aber nicht fest, ob die Kommunen Hundehalter nun regelmäßig kontrollieren müssen. Auch ist unklar, ab wann Verstöße gegen die neuen Regelungen geahndet werden sollen. Der Niedersächsische Städte- und Gemeindetag erwartet deshalb, dass das Gesetz erst nach dem Sommer voll greifen wird. Von einem Zeitverzug spricht im Landwirtschaftsministerium dennoch niemand. Sprecher Gert Hahne geht davon aus, dass die Chip- und Versicherungspflicht schnell umzusetzen sein wird. Spätestens Anfang Juli sollten die Städte konkrete Hinweise zur Umsetzung des Gesetzes erhalten. Nach Schätzungen gibt es in Niedersachsen 400.000 Hunde.



(NDR, 16.06.2011)

**Im Wahlkampf, da hat er sehr vieles versprochen,
die Menschen sagen heute, er hat die Versprechen gebrochen,
er antwortet darauf: „Ach was für Versprechen,
die tun übertreiben,
es waren Versprecher,
man darf sich doch mal verschreiben.**

Eine Homepage für jede Wählergemeinschaft FREIE WÄHLER bieten leichte Lösung an

Mit Beginn des neuen Jahres hat der Landesverband der **FREIEN WÄHLER** Niedersachsen seinen Internetauftritt überarbeitet. Darüber hinaus bietet der Landesverband den angeschlossenen Wählergemeinschaften einen relativ einfach zu handhabenden Webauftritt an.

Dabei steht ein einheitliches Erscheinungsbild im Vordergrund. Das Layout und der strukturelle Aufbau der Seiten sind grundlegend gleich.

Die Inhalte gestalten die Wählergemeinschaften maßgeschneidert auf ihre örtlichen Belange.

Für die Einrichtung einer Website ist eine einmalige Einrichtungsgebühr von 25,- EURO zu zahlen. Die Registrierung einer zusätzlichen Domain kostet 9,90 EURO jährlich, eine Weiterleitung einer bereits bestehenden Domain ist für die Wählergemeinschaften kostenlos. Ein Workshop zum Umgang mit der Website ist beabsichtigt. Näheres dazu erfolgt zeitgerecht.



The screenshot shows a web browser displaying the homepage of 'FREIE WÄHLER Niedersachsen'. The page features a navigation menu on the left with categories like 'Beitragsarchiv', 'Wer sind wir', and 'Leitlinien'. The main content area includes a banner for the 'KOMMUNALWAHL 2011' with the slogan 'GEHEN SIE AM 11. SEPTEMBER WÄHLEN. GEBEN SIE UNS IHRE STIMMEN!' and a list of candidates: Gemeinderat, Kreistag, and Wahlprogramm. Below this is a news article titled 'MEHR "NACHTEULE"-FAHRTEN GEWÜNSCHT' with a sub-headline 'JULIA NOWACKI TRÄGT KRITIK VON DISCO-BESUCHER WEITER'.

Wahlkampfborse

Auf den Seiten der **FREIEN WÄHLER** Niedersachsen gibt es im **Mitgliederbereich** Interessantes zum **Thema Wahlkampf**.

Einfach mal reinschauen!